

Kritik am CO2-Preis: „nicht fair“

Politik CDU-Abgeordneter Thorsten Frei und die Hauseigentümer gehen mit Plänen der Regierung zur Verteilung der steigenden Klimakosten hart ins Gericht.

Villingen-Schwenningen. Das Heizen ist schon seit Monaten deutlich teurer geworden. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die Kosten noch weiter nach oben getrieben. Nun will die „Ampel“ mit einem neuen Gesetz Mieter entlasten – und zwar auf Kosten der Vermieter. Denn diese sollen einen Teil des sogenannten CO2-Preises übernehmen. Und zwar abhängig davon, wie klimafreundlich ihr Haus ist.

Die Pläne der Bundesregierung CO2-Kostenverteilung beim Wohnen überforderten private Vermieter, warnt Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Abgeordneter des Schwarzwald-Baar-Kreises. Die Bundesregierung, von SPD, Grünen und FDP hat sich auf ein Stufenmodell geeinigt. Die Kostenaufteilung ist dabei von der Energiebilanz eines Hauses abhängig: Je schlechter die Klimabilanz eines Hauses, desto mehr muss der Vermieter vom CO-Preis übernehmen.

„Es ist und bleibt sozial- und klimapolitisch eine schlechte Lösung, die wir ablehnen.“

Der Widerspruch von der Oppositionsbank lässt nicht lange auf sich warten, und wie so oft formuliert ihn Thorsten Frei: „Die zehn vorgesehen Verteilungsstufen deuten auf den ersten Blick auf eine faire Lastenverteilung bei den CO2-Kosten zwischen Vermietern und Mietern hin. Allerdings hinkt der Vorschlag von SPD, Grünen und FDP an mehr als nur einer Stelle, wenn man die Struktur im deutschen Wohnungsmarkt betrachtet.“ Das betreffe sowohl die Eigentümerstruktur als auch die Substanz an sich. Schnell erkenne man „starke Unwuchten“, die im weiteren Verfahren ausgeglichen werden müssen.

Dies sieht auch Haus und Grund, der Interessenverband der privaten Immobilieneigentümer, so. „Das von den Bundesministerien für Bau, Justiz sowie Wirtschaft und Klimaschutz vorgestellte Stufenmodell bei der CO2-Bepreisung ist aus Sicht von

Haus und Grund keine faire Lösung“, kommentiert Rechtsanwalt Thomas Haller, Vorstand von Haus und Grund Villingen-Schwenningen die Einigung der Regierungskoalition. Da grundsätzlich der Mieter entscheide, wie viel er heizt und duscht, müsse er auch die hierfür anfallenden Kosten in voller Höhe tragen.

Pro-Kopf-Klimageld gefordert

Das Modell ist nach Ansicht des Vorstandes des Eigentümerverbands zwar besser als eine hälftige Teilung der Kosten. Ebenso sei es im Verhältnis zu den Planungen im Koalitionsvertrag eine Verbesserung, wenn die Regelungen erst zum Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten sollen. „Es ist und bleibt aber aus sozial- und klimapolitischen Gründen eine schlechte Lösung, die wir ablehnen. Statt der Aufteilung sollte ein Pro-Kopf-Klimageld aus den Einnahmen der CO2-Bepreisung finanziert werden. Einkommensschwache Mieter und Selbstnutzer würden so am effektivsten entlastet und der CO2-Preis könnte seine volle Wirkung entfalten. Der Ampel-Kompromiss macht beides zunichte“, gibt der Vorstand des Ortsvereins VS die Meinung des Bundesvorsitzenden wieder.

Probleme bei Altbauten

Haller weist zudem darauf hin, dass Vermieter – entgegen mancher Behauptung – nicht maleben eine neue Heizung einbauen könnten. Abgesehen vom Geld fehlten häufig technische Lösungen, etwa bei Altbauten in den Innenstädten. Zudem fehlten hinreichend kompetente, unabhängige Energieberater sowie Installateure mit dem entsprechenden Know-how. Die große Mehrheit der Vermieter sind private Kleinvermieter. Sie würden nicht reich und könnten von jetzt auf hier auf den neusten energetischen Stand umstellen. *rat/eb*

30

Euro pro Tonne Kohlendioxid werden derzeit fällig. Bis 2025 soll der CO₂-Preis auf 55 Euro steigen.